

Wissenschaftler finden deutlich mehr Keime in Gewässern als bisher vermutet



Die Schussen am Mündungsbereich am Bodensee. Auch dort fanden Forscher überraschend viele antibiotika-resistente Keime. (Foto: Alexander Mayer)

20. März 2018

[Katja Korf](#)

Landes-Korrespondentin

Wissenschaftler warnen: In Flüssen und Badeseen kommen deutlich mehr antibiotikaresistente Keime vor als bislang vermutet – auch in der Schussen (Landkreis Ravensburg), die in den Bodensee fließt. Die Erreger sind zwar für Badende keine akute Gefahr. Doch die Tatsache, dass sie vermehrt in Gewässern auftreten, trägt dazu bei, dass sich die resistenten Keime ausbreiten. Damit steigt das Risiko für Infektionen, die sich nicht mehr mit Antibiotika behandeln lassen. Die FDP wirft Landesumweltminister [Franz Untersteller](#) (Grüne) nun Untätigkeit bei dem Thema vor.

Nicht jeder gesunde Badende kann sich mit den Keimen infizieren. Die Grünen im Bundestag haben sich jüngst wegen des Themas an die [Bundesregierung](#) gewandt. Eine Übertragung dieser Keime auf badende Personen könne jedoch nicht ausgeschlossen werden, insbesondere „bei Personen, die nach medizinischen Maßnahmen nur über eine abgeschwächte Immunabwehr verfügen“, erklärte die Bundesregierung darin.

Weltweites Problem

Experten sind aber wegen etwas anderem beunruhigt: „In der Umwelt finden wir immer mehr antibiotikaresistente Bakterien. Dadurch steigt das Risiko, dass sich multiresistente Bakterien bilden – und irgendwann Krankheitserreger entstehen, gegen die kein Antibiotikum mehr hilft“, erläutert Regine Szewzyk vom Umweltbundesamt (UBA). „Das bereitet uns durchaus Sorgen“, sagt Professor [Martin Exner](#) von der Universität Bonn. Denn unter anderem finden sich sehr viele Keime, die gegen sogenannte

Reserveantibiotika resistent sind. Das sind Medikamente, die bei Tieren oder Menschen eingesetzt werden, bei denen herkömmliche Antibiotika schon nicht mehr anschlagen: Das geschieht dann, wenn sich Lebewesen mit eben solchen Keimen infizieren, die bereits immun sind.

Exner leitet das Forschungsprojekt Hyreka. Die Wissenschaftler erheben an rund 400 Stellen in Deutschland Daten und untersuchen, wie viel und welche antibiotikaresistenten Keime aus Krankenhausabwässern oder großen Ställen ins Wasser gelangen. Bis Frühjahr 2019 wollen sie neben den Ergebnissen auch mögliche Gegenmaßnahmen vorstellen. Denn das Problem gibt es weltweit und es hat globale Dimensionen. Der scheidende Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) setzte die Frage sogar auf die Agenda der letzten G7 und G20-Treffen.

Kläranlagen reichen nicht aus

In einer Vorgänger-Studie untersuchten die Hyreka-Experten auch den Bodensee-Zufluss Schussen. Das Ergebnis: „Klinikabwässer und kommunale Abwässer sind eine wichtige Quelle für den Eintrag von hygienisch relevanten Bakterien mit Antibiotikaresistenzen.“ Während normale Kläranlagen die Keimzahlen kaum reduzieren, verspricht eine Behandlung mit Ozon deutliche Minderung. Die Kläranlage in Eriskirch (Bodenseekreis) soll künftig mit einer solchen Technologie ausgestattet werden, so das Umweltministerium.

Der FDP im baden-württembergischen Landtag ist das allerdings zu wenig. Sie wollte von Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) wissen, was er sonst noch in der Sache unternimmt. Der Minister betont, es gebe derzeit für das Land keinen Handlungsbedarf. Schon jetzt würden Badegewässer auf bestimmte Bakterien untersucht. So schreibt es auch die EU vor. Zusätzliche Messungen für antibiotikaresistente Keime brauche es jedoch zunächst nicht. Einen Alleingang des Landes hält Untersteller nicht für sinnvoll – zunächst müsse es bundesweit einheitliche und gesicherte Messmethoden und Standards geben. Diese Antwort befriedigt die Liberalen keineswegs.

„Mich hat die Ahnungslosigkeit des Umweltministeriums schockiert“, sagt der Konstanzer Abgeordnete Jürgen Keck. Das Land überprüfe die Belastung von Badegewässern mit multiresistenten Keimen nur unzureichend. „Das ist beunruhigend. Denn es betrifft ja alle Badeseen in Baden-Württemberg“, so Keck.

Expertin Szewzyk vom Umweltbundesamt hält es dagegen für durchaus sinnvoll, wenn Bundesländer zunächst abwarten. „Wir sind uns mit den Bundesländern einig, dass derzeit kein akuter Handlungsbedarf besteht.“ Zunächst sollen die Ergebnisse der Hyreka-Studie ausgewertet werden. Dann erst mache es Sinn, weitere Schritte einzuleiten – etwa gezielte Messungen anzustoßen und geeignete Gegenmaßnahmen zu planen.

FDP fordert Initiative

Die Liberalen fordern schon jetzt Taten. „Ich erwarte von der grün-schwarzen Landesregierung, dass sie am besten vor Beginn der Badesaison eine Initiative in den Bundesrat einbringt, um einen bundes- wie europarechtlich rechtssicheren Rahmen für entsprechende Messungen herbeizuführen“, sagt ihr Abgeordneter Jürgen Keck.